

Drei Rückhaltebecken, größere Durchlässe und ein neuer Zufluss für die Gemeinde geplant

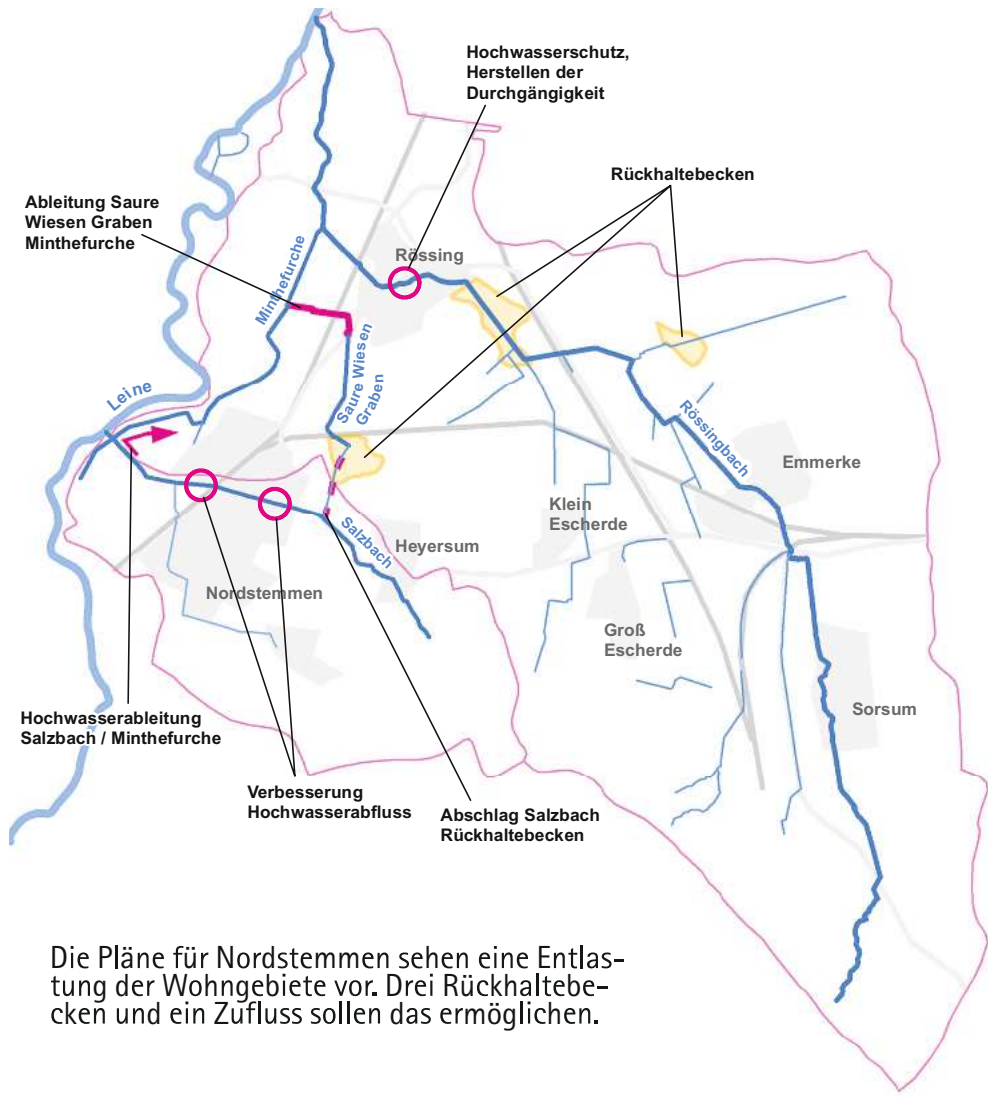
# Nordstemmen plant Hochwasser-Schutz

**NORDSTEMMEN.** Das Juli-Hochwasser 2017 hat vor allem Bad Salzdetfurth betroffen. Klein und Groß Dünjen sowie Heinde, aber auch Giesen und Sarstedt stehen deswegen auf der Prioritätenliste. Aber auch andernorts ist Hochwasserschutz verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Nordstemmen ist von den Fluten nicht so heftig getroffen worden, trotzdem planen Politik und Verwaltung hier entsprechende Maßnahmen.

Den Salzbach soll ein Zufluss zur Minthefurche inklusive Rückhaltebecken entlasten. Zwei weitere Rückhaltebecken sind für den Rössingbach geplant. Wenn sich Wasser staut, fließt das dann in ein Kiesabbaugebiet oder auf landwirtschaftliche Flächen. Solange diese nicht überflutet sind, können die Besitzer diese ohne Einschränkungen nutzen. Wenn es zu Hochwasser kommt, gibt es Entscheidung.

Die Planverfahren sollen demnächst beginnen, so dass die Gemeinde 2020 mit der Umsetzung starten kann. Die Kosten belaufen sich schätzungsweise auf eine Million Euro.

Ebenfalls noch dieses Jahr sollen Baumaßnahmen in Klein Dünjen und Heinde beginnen, Groß Dünjen folgt 2020. Alme, Riehe und Lamme stehen 2019 auf der Agenda. *bst*



Die Pläne für Nordstemmen sehen eine Entlastung der Wohngebiete vor. Drei Rückhaltebecken und ein Zufluss sollen das ermöglichen.

Geplantes Edeka-Center im Ortszentrum von Hoheneggelsen steht in der Kritik

# Söhlde entscheidet über Supermarkt

Von Björn Stöckemann

**HOHENEGGELSEN.** In den kommenden Wochen steht die Entscheidung über den Bau eines Edeka-Marktes im Ortskern von Hoheneggelsen auf der Tagesordnung des Bauausschusses (13. Februar) und des Rates (15. Februar) der Gemeinde. Damit lodert ein Streit zwischen Verwaltung und Bürgerschaft erneut auf, der seit Bekanntwerden des Vorhabens schwelt.

Die Gegner des Projektes haben sich in der „IG Pro Vernunft“ organisiert. Deren Mitglieder, darunter viele Anwohner des geplanten Baugrundstückes, kritisieren den Markt als überdimensioniert. Auf dem rund 9.000 Quadratmeter großen Grundstück an der B1 soll ein „Edeka Center“ mit 1.500 Quadratmetern Verkaufsfläche und 150 Parkplätzen entstehen.

Den Bedarf sehen die Kritiker nicht. Am Ortsrand gebe es schließlich bereits einen Aldi-, einen Netto- und einen Rewe-Markt. Das würde die knapp 2.000 Bürger ausreichend versorgen. Überdies fürchten die Gegner des Projektes, dass der Markt das Ende für den benachbarten Geschäften, ein Bäcker und ein Fleischer, bedeuten könnte. Die IG beruft sich dabei auf eine Auswirkungsanalyse der BBE-Handelsberatung.

Außerdem befürchten die Gegner, dass der Ort Hoheneggelsen durch dieses Projekt den Ort Söhlde als Gemeindezentrum ablösen könnte. Nach einer Stellungnahme des Landkreises wäre eine Änderung des Regionalen Raumordnungsplans erforderlich.



Gemeindebürgermeister Alexander Hauszar befürwortet das Projekt.

Denn solche Großmärkte seien dem Grundzentrum einer Gemeinde vorbehalten.

Hoheneggelsen müsste daher zukünftig den Status eines Grundzentrums bekommen. Das Dorf Söhlde, das bisher Grundzentrum war, würde lediglich das Rathaus behalten. Die Gegner fürchten, dass es in Zukunft immer wieder zu Diskussionen kommen könnte, ob eine Verle-

bung nach Hoheneggelsen sinnvoller ist. Das würde bedeuten, dass die Gemeinde nach Hoheneggelsen ziehen würde. Auch halten es die Gegner für denkbar, dass bei künftigen Bauvorhaben Hoheneggelsen grundsätzlich bevorzugt wird.

Anwohner des geplanten Baugebietes ärgern sich außerdem über das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen. Momentan ist das angedachte Baugebiet eine Wiese und Pflanzfläche.

Gemeindebürgermeister Alexander Hauszar zeigte sich bisher dem Projekt gegenüber positiv eingestellt. Seiner Auffassung nach, könnte der Markt den Ort beleben. Auch ältere Bewohner des Ortes würden einen Markt im Zentrum des Ortes befürworten.

Die Debatte um das Projekt wurde in den vergangenen Jahren außergewöhnlich scharf geführt. Ortsbürgermeister Martin Lutter von der CDU trat sogar von seinem Amt zurück, nachdem der Ortsrat von Hoheneggelsen dem Vorhaben zugestimmt hatte.

Der Bauausschuss der Gemeinde Söhlde tagt am Dienstag, 13. Februar, um 19 Uhr. Der Rat der Gemeinde Söhlde trifft sich am darauffolgenden Donnerstag, 15. Februar, ebenfalls um 19 Uhr.

Zeugen gesucht

## Hanf-Plantage entdeckt

**FREDEN.** Passanten hatten den richtigen Riecher und die Polizei damit auf eine illegale Hanf-Plantage aufmerksam gemacht. Hinweise an die Beamten gab es, auf Grund des Geruchs aus einem leer stehenden NP-Marktes in der Winzenburger Straße in Freden. Polizeibeamte des Kommissariats Alfeld, Ermittler der Polizeiinspektion Hildesheim sowie ein Diensthundeführer fanden dort eine größere Anzahl von Pflanzenresten und Anbauutensilien. Die Qualität und Menge der Ausstattungen deuten auf eine Professionalität der Betreiber hin. Tatverdächtige gibt es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Die Ermittlungen dauern aber weiter an. Die Polizei bittet die Bevölkerung um Hinweise. Wer in den vergangenen Monaten etwas gesehen hat, was mit der Tat in Verbindung stehen könnte, kann sich telefonisch unter 0 51 21/93 91 15 bei den Ermittlern melden. *bst*

Wohl noch keine Entscheidung über Wiederinbetriebnahme von Schacht Giesen in der Kreistagssitzung im März

# „Wir wollen eine Entscheidung mit der alle zufrieden sind.“

Von Björn Stöckemann

**GIESEN.** Eine endgültige Entscheidung des Kreistages über die Vergabe einer wasserrechtlichen Genehmigung an den Düngemittelhersteller Kali und Salz (K+S) im März ist unwahrscheinlich. Zu dieser Einschätzung kommt die Mehrheitsgruppe bestehend aus SPD und CDU. Die Fraktionen unter Vorsitz von Klaus Bruer und Friedhelm Prior hätten in den vergangenen Wochen „sehr konstruktive Gespräche“ mit dem zuständigen Bergamt, K+S selbst sowie dem ehemaligen und amtierenden Umweltminister des Landes und der Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht geführt. Treffen mit der Umweltorganisation BUND, den Gemeinden sowie erneut dem Bergamt und K+S stehen noch bevor.

Bisheriger Stand sei, dass „deutliche Nachbesserungen“ an dem derzeitigen Entwurf zur „Erteilung des Einvernehmens



Die Althalde bleibt weiterhin Streitthema in Giesen. FOTO: VEIT

für eine wasserrechtliche Erlaubnis“ nötig seien. Anders gesagt: Der Kreistag könnte in seiner März-Sitzung über die Einleiterlaubnis abstimmen, eine Mehrheit würde sich aber wahrscheinlich dagegen aussprechen. Die Alternative, die Vorlage anzunehmen unter der Bedingung, dass das Bergamt noch „Erteilung des Einvernehmens

lehnt CDU-Fraktionschef Prior ab: „Wir wollen eine Entscheidung, mit der alle zufrieden sind und keine Wunschliste.“

Bei diesem Vorgehen hat er, laut einer Mitteilung der Großen Koalition im Kreistag, die Verwaltung auf seiner Seite. „Wir haben ein Interesse daran, etwas durchzusetzen“, betont SPD-Fraktionsvorsitzender Bruer.

Der langwierige Genehmigungsprozess und der Streit um die Entscheidungshoheit auf kommunaler Ebene hatte im vergangenen Jahr für Unmut im Kreishauses gesorgt. Prior, der dabei vor allem die Stimme erhob, sieht sich auch Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt, zum Beispiel durch Amtsvorgänger Christian Berndt sowie die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Partei. Zuspruch erhält der Christdemokrat hingegen von den Grünen und der BI Giesen-Schacht. Abgeordnete Nina Lipecki lud vergangene Woche zur „Podiumsdiskussion“ über das Thema nach Ahrbergen.

Etwa 70 Bürgerinnen und Bürger fanden den Weg ins Dorfgemeinschaftshaus, darunter auch Kreistagskollegen von SPD, CDU, den Grünen und der AfD sowie der Landtagsabgeordnete Markus Brinkmann. Auf dem Podium nahmen neben Matthias Köhler und Dr.

Ralf Krupp vom BUND auch Vertreter der BI Umwelt Wathlingen und der hiesigen BI Platz. Auffällig abwesend: Vertreter von K+S. „Das ist ein großer Konzern mit eigener Presseabteilung“, begründet Lipecki diese Entscheidung. „Wir wollen vor allem die Bürger zu Wort kommen lassen.“

Der Abend war dementsprechend weniger Podiumsdiskussion, als viel mehr Informationsveranstaltung. Grundsätzlich lehnt zwar keiner das Vorhaben von K+S ab, wegen dem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung der Gemeinde und der Arbeitsplätze, aber skeptisch sind die Teilnehmer trotzdem.

Vor allem die Abdeckung der Althalde und die Notwendigkeit einer Neuhalde sehen Umweltorganisation und Bürgerschaft kritisch. „Die Abdeckung wird bemüht als Begründung bezeichnet, aber tatsächlich ist das eine Deponie“, heißt es von der BI Umwelt Wathlingen. Ein Mitge-

reister Unterstützer findet noch deutlichere Worte: „Das ist Dreck!“

An der Effektivität und Umweltverträglichkeit einer Abdeckung äußert auch Krupp Bedenken. In Kanada wäre so ein Vorgehen immerhin in vielen Provinzen schon verboten. Das Argument über fehlende Wirtschaftlichkeit will er nicht gelten lassen. Die Preisaufschläge wären selbst für Endverbraucher gering. „Für Peanut-Beträge akzeptieren wir Halden und Versalzung“, warnt er.

Lobende Worte erntete an diesem Abend die Lokalpolitik: „Die Politik hat sich bei uns sehr passiv verhalten“, erzählt ein Mitglied der BI Umwelt Wathlingen. „Wir wären froh, wenn sich unsere Abgeordneten so eingesetzt hätten“, findet ein Vertreter der BI Umwelt Wathlingen. Dazu passt ein Versprechen von Lipecki: „Wir werden noch viele Gespräche im Kreistag führen.“ *bst*

## Basar in Borsum

**BORSUM.** Die Pfarrgemeinde St. Martinus veranstaltet im Pfarrheim, Landwehrstraße 1, einen Bekleidungs- und Spielzeugbasar. Verkaufsnummer gibt es Montag, 5. Februar, bei Martina Rusack unter 0 51 27/90 29 68 ab 9 Uhr und bei Michaela Graen 0 51 27/7 37 auch Montag, 5. Februar, ab 16 Uhr. Der Basar ist Samstag, 24. Februar, von 12 bis 15 Uhr.

## Basar in Barenrode

**BARIENRODE.** Kinderbekleidung und Spielzeug stehen Sonntag, 25. Februar, von 14 bis 16 Uhr in der Sporthalle Barenrode, Lindencamp, zum Verkauf. Anmeldung sind bei Mandy Quahlo per Mail an f.quahlo@gmx.de möglich.

Urteil im Prozess gegen Mann aus Nordstemmen: Angeklagter muss für zwei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis

# Kein versuchter Totschlag, aber gefährliche Körperverletzung

**HILDESHEIM/NORDSTEMMEN.** Ein Mann, der seinen dementen Vater verprügelt hat, muss für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Zu diesem Urteil kam die Strafkammer unter Vorsitz von Richter Peter Peschka nach einwöchiger Verhandlung. Der Angeklagte hat sich der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Vom Vorwurf des versuchten Totschlages und der Misshandlung von Schutzbedingten sprach das Gericht den 49-Jährigen frei.

„Wir glauben ihnen, dass sie ihren Vater nicht töten wollten“, betonte Richter Peschka. „Aber sie müssen Verantwortung für die Verletzungen übernehmen.“ Die Kammer hielt dem Angeklagten zu Gute, dass er nicht

vorbestraft ist, geständig war und „echte Reue“ zeigt. Zum Zeitpunkt der Tat stand der Mann außerdem unter physischer und psychischer Belastung.

Gegen eine Bewährungsstrafe, wie von der Verteidigung gefordert, spricht für das Gericht, die Schwere der Verletzungen. Das 73-jährige Opfer erlitt vier Brüche im Gesicht, dazu mehrere Blutergüsse. Der Rechtsmediziner wertete den Zustand des Vaters als „potenziell lebensbedrohlich“.

Eine „tiefgreifende Bewusstseinsstörung“, die ein Gutachter für vertretbar erklärt hatte, sah das Gericht ebenfalls ab, billigte aber einen emotionalen Ausnahmezustand, zu.

Dass der Angeklagte vor der zu verhandelnden Tat nie die Hand gegen seinen Vater erhob, glaubte das Gericht nicht. Dagegen spricht eine Aussage, die der Angeklagte gegenüber dem Haftrichter getätigt hatte. Eine Nachbarin hatte auch Beobachtungen gemacht, die dafür sprechen, dass der Angeklagte seinen Vater ohrfeigte. Während des Prozesses bestritt der Angeklagte das. „Sie haben sich offenbar geschämt und deswegen nichts gesagt“, vermutet Richter Peschka.

„Rohe Gewalt“ gegen den Vater, wie sie schlussendlich geschah, beurteilt das Gericht trotzdem als „persönlichkeitsfremd“. Das Gericht geht von mindestens zwei Faustschlägen

ins Gesicht aus. Ein Tötungsvorwurf lässt sich daraus nicht ableiten, „aber dass Faustschläge gegen den Kopf gefährlich sind, ist klar“.

Die Schwere der Verletzungen konnte der Angeklagte jedoch nicht erkennen. Bei dieser Einschätzung stützt sich das Gericht auf Aussagen des zuständigen Rechtsmediziners sowie der Polizeibeamten, die am Tatort zugegen waren. Die Knochenbrüche waren von außen nicht zu sehen, die Schwellungen entstanden erst später.

Das Gericht geht außerdem davon aus, dass der Angeklagte seinen Vater angezogen habe, bevor er die Wohnung verließ. Er habe sich selbst entkleidet

und sei deswegen von den Rettungskräften nackt aufgefunden worden. Staatsanwalt Stefan Rusch hatte diese Darstellung in seinem Plädoyer klar abgelehnt.

Abschließend lobte Richter Peschka den Zeugen, der die Rettungskräfte alarmierte. „Das war Zivilcourage im besten Sinne.“

Eine vorzeitige Haftentlassung ist möglich. Nur an einer Stelle kommentiert der Angeklagte die Ausführungen des Richters: „Ich habe meinen Vater immer noch lieb!“

Der Vater befindet sich seit der Tat in einem Heim in der Nähe von Hannover. Seine Verletzungen sind verheilt. Über das Geschehen hat er nie gesprochen. *bst*

## A-cappella in Sarstedt

**SARSTEDT.** Das A-cappella-Pop-Quartett Wait4it gibt Sonntag, 4. Februar, um 17 Uhr ein Konzert in der St. Nicolai-Kirche. Sopranistin Sonja Sandig, Alt Leona Bornemann, Tenor Johannes Zieseniß und Bass Lorenz Mahne absolvieren im Springer Jugendchor Quilisma eine mehrjährige Gesangsausbildung, bevor sie Wait4it (dt. Warte darauf) gründeten. Erste Erfolge waren der Gewinn des bundesweiten Nachwuchswettbewerbs der Internationalen A-cappella-Woche Hannover 2013. Im April 2014 veröffentlichte die Gruppe ihre erste CD „Harmonize With Birds“. Ihr Repertoire reicht von fremden bis zu eigenen Arrangements mit deutschen und englischen Texten. Der Eintritt ist frei, Spenden sind erwünscht.